

Die Jahrgangspolizei... Einzelhefte... Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutschland soll zahlen!

Poincarés Erklärungen

Finanzdebatte in der französischen Kammer

In der französischen Kammer begann man gestern bei der Beratung des Finanzgesetzes die Aussprache über die Ausgaben, die Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles zur Last fallen...

lassen habe. Das französische Rote Kreuz habe auf verschiedene Anfragen geantwortet, es dürfe auf Befehl der Regierung nichts in Russland unternehmen.

Ministerpräsident Poincaré erwiderte, die französische Regierung sei wie die Kammer darauf bedacht, Russland so rasch und so ergiebig wie möglich Hilfe zu bringen. Das sei eine humanitäre Frage.

Der Abgeordnete Buisson erwiderte, er verlange von der Kammer die Feststellung, daß es bedauerlich sei, daß Frankreich ganz allein sich bis jetzt bewehrt habe...

Der Antrag des sozialistischen Abgeordneten Mittelal, die Anfrage Buisson in einer Interpellation umzuwandeln, wurde mit 446 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Neue Wirren in Ungarn

(Ungl.) Budapest, 17. Februar.

Unter großen Ständebänken wurde gestern abend die ungarische Nationalversammlung durch ein Dekret Horthy's aufgelöst, ohne daß es möglich gewesen wäre, die neue Wahlreformvorlage zu verabschieden.

Die oppositionellen Parteien haben beschlossen, ein gemeinsames Rechtskomitee einzurichten, dessen Hauptaufgabe die Vertretung und Befolgung der Klagen und Beschwerden der oppositionellen Wähler bilden soll.

Das Unterhaus über Irland

London, 16. Februar.

Im Unterhaus wurde heute über den englisch-irischen Vertrag verhandelt. Churchill erklärte, der Vertrag müsse einer Abstimmung des irischen Volkes unterbreitet werden.

Churchill teilte noch mit, daß 26 gefangene Usterleute infolge der Bemühungen der provisorischen Regierung von Südrland freigelassen worden sind.

Ein Bataillon britischer Truppen ist in Belfast eingetroffen. Weitere Truppen treffen aus Südrland in Ulster ein und werden an der Grenze verteilt werden.

Dunkle Vorgänge in Bayern

Die Veröffentlichung des früheren Redakteurs der „Deutschen Zeitung“, des Schriftstellers Abel in der „Welt am Montag“ über die geheimen Pläne der Monarchisten und Separatisten haben in München in den Kreisen der „Ordnungselemente“ einige Beängstigung hervorgerufen.

Die Münchener reaktionäre Presse stellt natürlich alles als erfunden dar, was in der „Welt am Montag“ veröffentlicht wurde. Wir können aber demgegenüber versichern, daß die Enthüllungen des Herrn Abel mit unseren sehr zuverlässigen Informationen in allen wesentlichen Punkten übereinstimmen.

In den Münchener Blättern, die an der Auseinandersetzung interessiert sind — aus begrifflichen Gründen — wurde eine Zuschrift veröffentlicht, in der es heißt, daß Hauptmann Römer vom Reichsforst Oberland, der mit seinen Truppen von Reichsmitteln bezahlt, in Obereschleien mitgetan habe, sehr wenig geeignet sei, den Eidesscheiter gegen andere zu machen.

Damit wird also die ehrenwörtliche Erklärung Römers als wahr zugegeben. Der Bund Oberland, mit dem es der von Abel so schwer beschuldigte Dr. Wittinger anscheinend verstanden hat, erklärt außerdem in den „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Die von einigen Herren des Bundes Oberland gemachten und bedauerlicher Weise der Presse übergebenen Behauptungen, werden trotz des Dementis des Herrn Dr. Wittinger von diesen Herren wohl und ganz aufrichtig erkalten.“

Im „Bayerischen Ordnungsblok“ gibt es Leute, die vom Schiedsgericht nichts wissen wollen. So haben denn im Auftrag eines Kreises „vaterländisch gesinnter Männer“ einige Herren vom Ordnungsblok ein Informationsblatt herausgegeben, in dem gesagt wird, der Bund Oberland sei es, mit dem man sich beföhigen müsse, jene Organisation, deren Mitglieder so prächtiges im Kampfe um Oberschleien geleistet haben, daß selbst die von einzelnen verübten unsauberen Machenschaften das Bild nur trüben, nicht aber zu entstellen vermöchten.

Es ist immerhin interessant, daß „unsaubere Machenschaften“, aber die wir ja schon wiederholt berichtet haben zugegeben werden. Das Informationsblatt meint, daß man lange nicht gewußt habe, wer die Gerüchte von den Separationsbestrebungen unter französischem Protektorat in die Welt gesetzt habe.

Tatsächlich sind in diesem Sinne seit geraumer Zeit inoffizielle Verhandlungen mit französischen Vertretern im Gange und gleichzeitig bespricht man sich mit Tirol und Salzburg, um durch den Anschluß dieser Länder an Bayern einen jenseit militärischen wie wirtschaftlichen Machtzuwachs zu erzielen.

Warum Herr Dr. Tafel deshalb lange Untersuchungen anstellen mußte, um die Urheber der Nachrichten über diese Pläne zu entdecken, ist nicht ersichtlich, denn was er im Ordnungsblok ausführte, wird er wohl heute noch wissen. Die Versuche, die Auseinandersetzung in ein Schiedsgericht zu verlegen, scheinen zunächst mißglückt. Aber es

Gegen die Kapitalabwanderung

London, 17. Februar.

Im Unterhaus erklärte Schatzkanzler Sir Robert Horne in Beantwortung einer Anfrage, daß die Reparationskommission nach den Vorträgen von Versailles und St. Germain keine Macht besäße, der Abwanderung von Kapital aus Deutschland und Österreich Einhalt zu tun.

Frankreich und Russland

Eine Havasmeldung erklärt die im Auslande veröffentlichte Nachricht, wonach zwischen der französischen Regierung und Stoboleff in Paris Unterhandlungen stattgefunden haben sollen, für unrichtig.

Wie sich die bestehenden Klassen das künftige Verhältnis Frankreichs zu Russland vorstellen, das geht aus einer gestern angenommenen Entschließung der parlamentarischen Gruppe zur Vertretung der französischen Interessen in Russland hervor, wonach die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland nur unter folgenden Bedingungen erfolgen soll:

Der Sinn dieser Bedingungen ist der, daß in Russland eine vollständige politische Neuorientierung durchgeführt werden soll, bevor Frankreich mit ihm in Verbindung treten könne.

Die französische Hilfe für Russland

In der französischen Kammer stellte der Abgeordnete Fernand Buisson (Radikal) die Anfrage an die Regierung, wie die 6 Millionen Francs Unterstützung, die die Kammer für die Hungernden in Russland bewilligt habe, verteilt würden.

Sollen jetzt neue Wege beschritten werden, um die Wissenden zum Schweigen zu bringen. Geld ist ja genug da, und da Herr Abel im „Vorwärts“ mitgeteilt hat, daß er noch mehr wisse, wird man bald an ihn herantreten, um ihm sein Wissen abzulassen. Wir nehmen an, daß er als ehemaliger Redakteur der „Deutschen Zeitung“ gegen Beschuldigungen gefeit ist und erwarten die Fortsetzung seiner Enthüllungen. Sollte er darauf verzichten, dann kann es ihm passieren, daß man ihm von anderer Seite zuzufinden kommt.

Ein Paradies für Mörder

Die ungarische Regierung gibt den Mördern Erzbergers Rat und Beistand

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine eingehende Darstellung über den Aufenthalt der Mörder Erzbergers in Budapest und über die Hilfe, die den Mördern von offiziellen Organen der ungarischen Regierung zuteil wird. Die Mörder Schulz und Tillesen trafen bereits im Oktober vorigen Jahres aus München in Budapest ein. Ihre Ankunft war vorher gemeldet worden, und es wurde ihnen ein prächtiger Empfang bereitet. Sie verkehrten in der Hauptsache in den luxuriösen Vereinslokalen der beiden ungarischen irregulären Organisationen, auf die sich die Fortschrittregierung stützt, des Vereines der Erwachenden Ungarn, dessen Leiter der bekannte Bandenführer Petjas ist, und des Landwehrmachtsvereines, der unter Führung des Hauptmanns Gombos steht.

Im Dezember wurden Schulz und Tillesen durch einen Zufall erkannt. Die deutsche Gesandtschaft ermittelte die ungarischen Polizei-Meldung, diese wurde aber an der Verhaftung gehindert durch die Maßnahmen des Oberleutnants Hejzo. Die Fahndungsakten der Erzbergermörder verschwanden, die diplomatischen Verhandlungen wurden verzögert, und schließlich die deutsche Staatsanwaltschaft deutsche Detektive nach Ungarn schickte, wurden auch diesen die größten Schwierigkeiten bereitet.

Die Mörder wohnten zuletzt im Hotel Astoria, einem der besten Hotels in Budapest. Sie verfügten über große Geldmittel und lebten äußerst luxuriös. Die ungarische Regierung war von dem Aufenthalt der Mörder in Budapest unterrichtet. Sie hat aber die Polizei angewiesen, den Mördern keine Schwierigkeiten zu machen. Sie belamen von ihr sogar die Erlaubnis zum Waffen tragen, ebenso wurden ihnen Ausweispapiere auf ungarische Namen ausgestellt, mit der Berechtigung, sich dauernd in Ungarn aufzuhalten. Inzwischen sind die Mörder nach einer anderen Stadt in Ungarn abgehoben worden. Die deutschen Detektive haben die Spur verloren zu haben.

Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie bei der ungarischen Regierung einen energischen Schritt unternimmt. Solange allerdings an der Spitze des ungarischen Staates der Mordgeheile Horthy steht, der sich wiederum seine Herrschaft nur erhalten kann, indem er sich auf staatslich organisierte Räuber- und Mörderbanden stützt, solange wird es kaum möglich sein, der Mörder Erzbergers in Ungarn habhaft zu werden. Dann aber hat die deutsche Regierung die Pflicht, das Gebahren der ungarischen Schandhuden, die sich „christliche Regierung“ nennen, vor aller Welt an den Pranger zu stellen.

Berdiente Abfage

Der Bund Neues Vaterland an die Technische Rothhilfe

Die Hauptstelle der „Technischen Rothhilfe“ beim Reichsministerium des Innern, Berlin-Steiglich, hatte einer Reihe von Vereinen einen Aufruf zur Unterzeichnung vorgelegt, in dem gesagt war, daß angesichts der Gefährdung der Berliner Bevölkerung durch die plötzliche Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe es für eine sittliche Pflicht angesehen werden sollte, der Technischen Rothhilfe beizutreten. Der Bund Neues Vaterland hat hierauf folgende beachtenswerte Antwort gegeben:

„Der Bund Neues Vaterland, Deutsche Liga für Menschenrechte, Ledauer, der Aufforderung der Technischen Rothhilfe nicht nachkommen zu können. Wir sind der Überzeugung, daß selbstver-

rständlich bei jeder Art des Streiks eine Notversorgung der arbeitstüchtigen Bevölkerung, insbesondere der Kranken und Kinder, mit Gas, Wasser und Elektrizität gewährleistet sein muß. Der Tenor des Aufrufs ist aber ein solcher — daß er die breiten Volksmassen zum Widerspruch herausfordert muß. Wenn man die unverantwortliche Gefährdung der Berliner Bevölkerung durch den Streik erörtert, so vernachlässigt die Erwähnung der dauernden unverantwortlichen gesundheitlichen Gefährdung der mittelbemittelten Bevölkerung, der das Existenzminimum dadurch genommen wird, daß die vermögenden Kreise in Stadt und Land systematisch und im weitesten Umfange Steuern hinterziehen, ganz abgesehen davon, daß diesen Schichten bei dem letzten Steuerkompromiß im Verhältnis zu den bestehenden Klassen zwei Steuern auferlegt sind.

Wir werden die Aufforderung des Reichsministeriums des Innern zum Anstoß nehmen, im Sinne unseres Programmpunktes 3 „Mitarbeit an der Verwirklichung des Sozialismus durch wissenschaftliche Arbeit“ den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten die Anregung zu geben — selbst eine technische Nothilfe zu organisieren, die zuverlässig und ausreichend Notstandsarbeiten bewältigen kann.“

Das Arbeitsnachweisgesetz

Parteilichkeit gegen Arbeitnehmerinteressen

Der 6. Ausschuss des Reichstags hat bereits Mitte Januar die Beratungen des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes aufgenommen gehabt. Aber schon in der ersten Sitzung mußten die bürgerlichen Parteien, denen sämtlich der öffentlich rechtliche Arbeitsnachweis unerwünscht ist, die Erledigung zu verschleppen. Nach einer langatmigen höchst überflüssigen Generaldebatte hatte man schließlich die Weiterberatung auf den Februar vertagt. Als der Ausschuss am 16. Februar nun endlich in die sachliche Beratung des Entwurfs eintreten sollte, lag ein neuer Verschleppungsantrag der deutschnationalen Volkspartei vor, die Regierung zu ersuchen, zunächst den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten und inzwischen den Entwurf über den Arbeitsnachweis zurückzuziehen, um ihn umzuarbeiten. Die Richtlinien für die Umarbeitung sind bereits in dem deutschnationalen Antrag enthalten und bedeuten im wesentlichen, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise keine obligatorischen, sondern fakultative Einrichtungen wären. Von Entlohnung (Demokrat) wurde beantragt, für die nächste Sitzung einen Entwurf über die vorläufige Beitragsentrichtung zu einer späteren Arbeitslosenversicherung vorzulegen und zusammen mit dem Arbeitsnachweisgesetz zu beraten. Genosse Aufhäuser bekämpfte die beiden Entwürfe, die lediglich eine Verschleppung bedeuten, und er wandte sich vor allem dagegen, ein Gesetz über Beiträge zu einer späteren Arbeitslosenversicherung zu beraten, deren Inhalt noch völlig im Dunkeln liegt. Schließlich wurden beide Anträge abgelehnt.

Bei der folgenden Erörterung des § 1 lag ein Antrag Aufhäuser und Genossen vor, die Bezeichnung „Arbeitsnachweisämter“ zu ändern in „Arbeitsämter“, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß das gesamte Gebiet der Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung, Jugendberatung usw. zusammengefaßt werden müsse. Der Antrag wurde nach längerer Debatte gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Demokraten abgelehnt. Den übrigen Teil der Sitzung füllte eine Debatte über einen Antrag André (Zentrum) und Dr. Most (Deutsche Volkspartei) aus, durch den verhindert werden soll, daß die öffentlichen rechtlichen Arbeitsnachweise einen Monopolcharakter bekommen. Die Genossen Aufhäuser und Brandes konnten nachweisen, daß das Arbeitsnachweisgesetz völlig problematisch bleibt, wenn neben den öffentlichen Nachweisen die sonstigen Vermittlungseinrichtungen, insbesondere die scharfmacherischen Unternehmensbüros bestehen bleiben. Obwohl das Wirken dieser Vermittlungsbüros bekannt ist, setzte sich gleichwohl der christliche Arbeiterführer André warm dafür ein, daß man die nichtöffentlichen Arbeitsnachweise als eine notwendige Konkurrenz gegen die öffentlichen erhalten müsse, und als Genosse Aufhäuser dem deutschnationalen Lam bach vorhielt, daß doch gerade er und der deutschnationale Handlungsbildnerverband vor dem Kriege für das Monopol des öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweises eingetreten seien, meinte Herr Lam bach treuherzig: „Damals lebten wir auch noch in der Bismarckschen Zeit, während man zu den heutigen Behörden nicht dasselbe Vertrauen haben könnte“.

Die Vertreter der U. S. P. und S. P. D. machten Herrn Lam bach klar, daß es bei der Entscheidung über die Notwendigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises darauf ankomme, die Form zu wählen, die den Arbeitern und Angestellten eine bestmögliche, billige und jede Protektion ausschaltende Vermittlungseinrichtung zusetzt. Wenn Lam bach nur so lange für den öffentlich rechtlichen Arbeitsnachweis eingetreten ist, als noch die wirtschaflichen Behörden die Gewalt hatten und jetzt das Gegenteil vorliegt, so beweise er damit, daß die parteipolitischen Gesichtspunkte bei ihm das Arbeitnehmerinteresse überwiegen. Im übrigen kam in der Debatte klar zum Ausdruck, daß die bürgerlichen Parteien bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen den Einfluß der freien Gewerkschaften fürchten, obwohl ein ausreichender Schutz für Minderheiten gewährt ist. Die Abstimmung ergab Annahme des Antrages gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien. Diese Beratung des § 1 läßt darauf schließen, daß die bürgerlichen Parteien das ganze Arbeitsnachweisgesetz nur zu einem Rahmengesetz machen wollen, um daneben der unheilvollen Wirkung der Unternehmensnachweise, der Arbeitsvermittlungen durch die Zeitungen und anderen Stellen, nach wie vor weitesten Spielraum zu lassen.

Liebesgaben an Versicherungsgesellschaften

Genosse Henke hat im Reichstage folgende Kleine Anfrage gestellt: Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtete am 28. Januar 1922:

„Wie mit Bestimmtheit verlautet, hat das Reichskabinett beschlossen, unter gewissen Voraussetzungen beträchtliche Summen für die durch den Sturz der Mark geschädigten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften auszuwerfen.“

„Ist diese Maßnahme richtig? Und wie will die Regierung eine solche Handlung angesichts der Finanzlage des Reiches und des Abbaues der Protokollkommission rechtfertigen?“

Die Schulden der Alliierten an England

Der finanzielle Sekretär des Schatzamts erklärte im Unterhause, daß die Alliierten dem englischen Staate insgesamt 1 703 336 302 Pfund Sterling schulden. Im einzelnen verteilen sich die Schulden der Staaten auf folgende Zeiträume:

	am Waffenstillstand	gegenwärtig	Zuwachs
Frankreich	425 671 000	5 725 245	1 468 535
Rußland	567 892	567 892	—
Italien	3 555 600 000	502 074 962	147 024 932
Rumänien	15 710 000	22 112 500	6 402 500
Griechenland	7 000 000	7 710 350	710 350
Portugal	8 992 000	18 472 000	9 480 000
Wiederaufbau Belgiens	—	9 000 000	9 000 000
Belgischer Kongo	2 250 000	3 550 000	1 260 000

Die heutige Börse

Die Börse zeigte eine feste und belebte Haltung. Luxemburger 1110 zu 1140, Gelsenkirchener 1165, Rheinisch 1250, Bochumer 1285, Phönix 1250, Lauria 2325, Oberdorf 1399, Cato 1225, U. S. G. 848, Drenth 1098 zu 1140, Daimler 605, Hirsch Kupfer 840 zu 850, Petroleum 2050, Guano 1490, Dynamit 800, Stettiner Vulkan 1440, Hapag 481, Hanla 470, Lloyd 375 1/2, Hamburg-Eis 920. Von fremden Wechseln waren Holland 7550, Paris 1750, Schweiz 3950, London 880, Italien 978, Rumänien 188, Dollar 201, Kabel 202 1/2, Oesterreichische Noten 345, Polnische Noten 572 1/2.

600 000 Goldfranken für Karl. Nach dem Petri Pariser soll Karl von Habsburg eine jährliche Unterstützung von 600 000 Goldfranken erhalten. Es bestanden jedoch Schwierigkeiten, die Zustimmung der Kleinen Entente zur Ausbringung dieser Kosten zu erlangen. Ein Untersuchungsausschuss der Reichstagskommission beschäftigt sich nunmehr mit der Regelung dieser Angelegenheit.

Die Unruhen in Mittelamerika. Wie Havas aus New York meldet, soll auf einen Bericht hin, wonach der Ausdruck einer Revolution in Mexiko bevorstehe und ein Angriff auf die Stadt Juarez geplant werde, die amerikanische Regierung 5000 Mann in das Fort Bliss in Texas entsandt haben.

Arbeiter-Büchertisch

(Erscheint jeden zweiten Freitag)

Der Mensch ist dumm

Dieser Tage las ich Charles Richets Buch „Der Mensch ist dumm!“ (Satirische Bilder aus der Geschichte der menschlichen Dummheiten. Deutsch von Dr. Rudolf Berger. Verlag Neues Vaterland, 1922.) Ich hatte von diesem Buch des berühmten, alten Kriegsgegners und Antimilitaristen viel erwartet. Wer, einerseits, ob Menschenshass, ob Menschenfreund, würde nicht mit einstimmen in diesen bitteren Ausruf: „Der Mensch ist dumm!“ Aber — ich kann mir nicht helfen — des Buch enttäuscht mich. Ist nicht gerade das so unerklärlich, unangebracht und erschütternd, daß das gesamte Menschengeschlecht, das so tiefe und weise Gedanken, so unbedingte herrliche Werke der Kunst und der Literatur, so wundervolle Maschinen produziert, so hinreißende Beweise großer und gemeinnütziger Gefühle ergoßen hat, daß dieses selbe Menschengeschlecht Laster, Sitten und Gesetze hervorbringt, von einer Schamlosigkeit und Dummheit, wie sie kein Tier, keine Bestie kennt. Ist nicht gerade dieser Gegensatz ungeheuerlich? Richet spricht nicht von ihm. Er verdammert alles. Er schildert den Menschen dümmel und gemein als irgendein Tier. Während die beschämende und schreckliche Wahrheit doch die ist, daß derselbe Mensch, der manchmal klüger, besser und weiser ist und handelt, als irgendein Tier, wiederum auch dümmel, schlechter und gemeiner sich zeigt, als irgendein Tier.

Richet spricht z. B. von den Regern. Man sollte denken, er würde seinen europäischer Lesern etwa sagen: „Bildet euch nur nicht ein, daß ihr mit eurer „Intelligenz“ und „Kultur“ tatsächlich soviel weiter wäret als die Schwarzen.“ Aber er sagt im Gegenteil: „Die Regier haben in den Tausenden von Jahren, die sie existieren, auch nicht das geringste erreicht, was sie über die Massen zu erheben vermocht hätte, sie sind unfähig, etwas anderes zu produzieren als Kohlenäure und Harnstoff.“

Das ist nun einig, nicht wahr. Es gibt Regerverschreibungen von einer strengen Schönheit, die den Vergleich mit ägyptischen und griechischen Statuen nicht zu scheuen brauchen. Und es gibt Regerverschreibungen, deren Weisheit und dichterische Kraft sie zu den alleredelften Kleinodien der Weltliteratur machen.

Man kann doch unmöglich sagen, daß das „nichts“ ist und daß die Affen daselbe leisten. Das Ungeheuerliche ist nur, daß dieselben Regier, die Schöpfer so stichtlicher Kunstwerke, greulichen, dummen und abergläubischen Sitten und Gewohnheiten huldigen — nicht anders als die Europäer.

Richet übertriebt, ist ungerecht und überzeugt deshalb nicht. Sollte er den großen Leistungen und Taten des Menschen mehr

Gerechtigkeit wiederfahren lassen, so würden seine beschämenden Anklagen um so stärker wirken. Jetzt lost man unwillkürlich: Na, so schlimm ist es nun doch nicht!

Wieweil überzeugender und stärker wirkt da der Landsmann Richets: Anatole France. Auch er kämpft gegen die gleichen menschlichen Schwächen, Irrtümer und Dummheiten; und er kämpft mit derselben Waffe wie Richet: mit Spott und Ironie. Aber kein Spott hat nichts Graues und Ungerechtes, und hinter keiner Ironie leuchtet ein, trotz aller Skepsis und Enttäuschung, gültiger Humor. Bei Richet glaubt man immer den drohend erhobenen Zeigefinger eines grimmigen Lehrers zu erblicken, bei Anatole France die freundlichen und ersten Augen eines erfahrenen, aber nicht verbitterten, klugen, alten Mannes.

Es ist kein Zufall, daß von den fünfzehn kleinen Erzählungen, die der Verlag Kurt Wolff unter dem Titel: „Der fliegende Händler“ gesammelt hat, vier gegen die Justiz und zwei gegen das alte Militär gerichtet sind. Und es ist weiter hier kein Zufall, daß diese kämpferischen, loyalen politischen Erzählungen die besten des Buches sind. Denn unser, mit dem Nobelpreis ausgezeichneteter Genosse Anatole France ist trotz aller literarischen Feinheit und Zurückhaltung ein durch und durch politischer Dichter, der die Welt nicht geräuschlos betrachtet und abmalt, sondern ihr zu Leibe geht und sie ändern will. Sein Spott ist kein und kein — aber er trifft an den richtigen Stellen und ruft, ganz ohne Pathos und Trara, zum Kampf auf gegen alle Brutalität und Dummheit und gegen alle die glorreichen Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft, die eigens erlenen scheinen, um die Menschen noch dümmel zu machen, als sie schon sind.

Wie schlicht und rührend ist die Anfangsgeschichte von dem Gemütskranke Crainquebille, der in das Räderwerk unserer herrlichen Strafrechts justiz gerät und ganz einfach, systematisch und selbstverständlich darin inopuit gemacht wird. Wie einfach ist diese kleine Geschichte! Und doch beweist sie unwiderleglich und besser als viele dicke Bücher die Borniertheit, Grausamkeit und Heuchelei unserer heutigen Justiz, die mit Gerechtigkeit nicht das geringste zu tun hat, die vielmehr nichts anderes ist, als das Egerreglement, nach dem der kapitalistische Staat die ununterbrochene Reihe seiner Verbrechen begeht.

Man braucht, weiß Gott, keine großen Kanonen aufzufahren, um die Grundmauern unseres Staates, der sich auf dem Begriff von der Unantastbarkeit des Privateigentums aufbaut, zu erschüttern. Eine kleine Geschichte genügt — schon steht die kapitalistische Gesellschaft in ihrer ganzen Gemeinheit und ihr geliebter Staat in seiner ganzen scheußlichen Heuchelei splitternd da.

Die unheimbare Feder eines Dichters genügt, um die morchen Grundmauern der alten Gesellschaft bloßzustellen und zu erschüttern. Die Gehirne und Hände der Arbeiterschaft aber sind nötig, sie zu stürzen. Hans Siemsen

Die Betriebsvereinbarung

Neben dem Tarifvertrag, der zumeist die Arbeitsbedingungen für die gesamte Arbeiterschaft eines großen Produktionszweiges (Brauerei, Industriezweig, Ort, Gau oder Reich) anordnet, tritt neuerdings als neuer Vertragstypus die Betriebsvereinbarung zwischen der Belegschaft, vertreten durch die Betriebsvertretung, und dem Unternehmer. Sie steht neben dem Tarifvertrag in zweiter Reihe, das heißt, sie gilt nur dann und ist nur dort am Platze, wenn und wo der Tarifvertrag keine Bestimmungen getroffen hat. Sie ist darum aber nicht von geringerer Bedeutung für Arbeiter und Angestellte. Die Kenntnis vom Wesen und von den Möglichkeiten und Grenzen dieser Vertragsart ist für die Arbeitnehmerschaft und vor allem für die Betriebsvertretungen sogar von größter Wichtigkeit. Dr. Georg Flator unterliegt das Wesen der Betriebsvereinbarung in seinem Büchlein: „Betriebsvereinbarung und Arbeitsordnung. Das Schriftchen bildet das erste Heft der Verhandlungen zum Arbeitsrecht, die von Kassel und Siehr im Verlag von Reichsminister (Wannheim, Berlin) herausgegeben werden. Die Schrift ist nicht groß (sie umfaßt 72 Seiten), aber sie ist für den Nichtjuristen nicht ganz leicht zu lesen. Dennoch muß sie von den Betriebsräten gelesen werden. Die Würde wird durch eine erhebliche Erweiterung ihrer Kenntnis belohnt werden, wozu auch die Kenntnis des Umfanges der Rechtsbegreifen und wirklichen Gedankenansätze gehört. Wir hoffen, nach Gelegenheit zu einem tieferen Eingehen auf das von Flator behandelte Problem zu finden. R. S.

Edmund Fischer und Kurt Wädig: Die Sozialisierung des Verfassungswesens. Verlag Jahn u. Jaensch, Dresden, 10 M.

Den Menschen unentgeltlich zur Welt befördern und Befähigen zu helfen, erheben uns Sozialisten als eine so wichtige Aufgabe, daß sie als sozialistische Forderung im Erfurter Programm aufgenommen wurde. Da wir nun in zahlreichen Gemeinden maßgebenden Einfluß haben, ist es unsere Pflicht, dieser Forderung zur Durchführung zu verhelfen. Zur näheren Unterrichtung dient die genannte Schrift, die mit sich den vorhandenen Stoff zusammenträgt. Das Kapitel über die Friedhofskultur mag manchen Kommunalpolitiker anregen und würde eine große Aufgabe erfüllen, wenn sie dazu beitrüge, untern Genossen die Erkenntnis einzuwurzeln, daß der alte Schandrian nicht weitergehen darf, sondern daß man auf diesem Gebiet dem freien Künstlerum ganz andere Spielraum lassen muß, um der Zeit entsprechende Kulturen zu pflegen, den Forderungen der Hygiene gebührenden Einfluß zu verschaffen und die Angelegenheit als wichtiges Stück Sozialpolitik durchzuführen.

Daß die unentgeltliche Tatenbestattung möglich ist, wird an den Beispielen aus der Schweiz und aus dem Freistaat Sachsen gezeigt, wo sie zum Teil oder ganz durchgeführt ist. Die im Anhang gegebenen Gesetze und Verordnungen bilden für die selbsterhebliche Betätigung wertvolle Vorarbeit und werden alle

Steuerkompromiß und Eisenbahnerstreik

Im Anschluß an den Bericht über die Dienstag-Verhandlungen unserer Partei gehen uns noch die nachstehenden Berichte zu:

In einer gutbesuchten Versammlung in der Tischschule in Caponeberg sprach Landtagsabgeordneter Genosse Jürgen... Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Im alten Stadttheater in Moabit sprach Landtagsabgeordneter Genosse Lichtenstein vor überfülltem Saal. Der Redner gab einen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung...

Gefällte Ein- und Ausfuhrbewilligungen Der „Dezernent der Reichsstelle“

In Kürze wird sich vor der 13. Strafkammer des Landgerichtes I ein interessanter Prozeß abspielen. Unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung...

Der Angeklagte v. Gutzeit, der gewerkschaftlich die Vermittlung von Geschäften und Beschaffung der hierfür erforderlichen Papiere betreibt, war mit dem Stadtrichter im Reichsarbeitsministerium...

Bei dem Versuch, einen ganz großen Coup zu landen, wurden die drei Angeklagten dann von ihrem Schicksal ereilt. Gutzeit hatte sich mit einem Kaufmann Wendi in Verbindung gesetzt...

Eine „G. m. b. H.“ zur Fälschung von Ausfuhrscheinen

Vor dem Schwurgericht begann eine Verhandlung, die hinsichtlich der in Frage stehenden ungeheuren Summen wohl einzig dastehen dürfte. Wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Urkundenfälschung...

Im Jahre 1919 hatten die Angeklagten unter Führung der als „Dr. Reuß“ auftretenden Hauptperson eine Gesellschaft zur Fälschung von Ein- und Ausfuhrscheinen gegründet.

Der Totschlag in der Landsberger Allee

Vor seiner Wohnung erschlagen wurde, wie wir mitteilen, in der Nacht zum vergangenen Montag der Konditor Guban Krone aus der Landsberger Allee 157-58.

gemeindet und seine Wahrnehmungen mitteilt. Der zweite wird dringend ermahnt, sich untertänig bei Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 14 des Berliner Polizeipräsidiums...

Städtische Anstalts- und Verschwerdelle in Neufeld. Die von der Bezirksversammlung Neufeld im alten Rathaus, Berliner Straße 146/1, 1 Treppen, Zimmer 113, eingerichtete Verschwerdelle...

Ein tolles Stück. Gestern morgen fand ein Bewohner des Hauses Dunderstraße 2 im Flur ein dort wohnendes Fräulein A. betäubungslos auf.

Voranschlägliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Ziemlich trübe, und etwas neblig, mit geringen Niederschlägen...

Gewerkschaftliches

Vom tschechischen Gewerkschaftskongreß für Amsterdam — gegen Moskau.

Wie aus dem Bericht über Spanien, den wir leithin brachten, zu ersehen war, haben die Kommunisten dort eine tödliche Niederlage erlitten.

Der Beweis hierfür brachte auch der Gewerkschaftskongreß der Tschechoslowakei, der vom 22. bis zum 26. Januar in Prag tagte. Die Tagung war ein Kampfkongreß...

In dem Mittelpunkt der Debatte stand die Frage Moskau oder Amsterdam? Die Mehrheit des Kongresses brachte eine längere Resolution ein...

„Wir würden nur eine Zersplitterung der proletarischen Kraft unterliegen, wenn wir uns der Amsterdamer Internationale anstreiten und Moskau beizutreten beschließen.“

Unter großer Spannung ging die Abstimmung vor sich. Für die Resolution stimmten 309 Delegierte mit 338 447 Stimmen, dagegen 227 Delegierte mit 222 027 Stimmen.

Wir begrüßen dies Resultat, das den Beweis erbringt, daß eine Gesundung der Gewerkschaftsbewegung allerorts, trotz aller Hindernisse, sich unablässig bemerkbar macht...

Aus der Praxis des Amtschimmels

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter teilt mit: Es ist der Öffentlichkeit längst bekannt, daß Angelegenheiten, die im privaten Leben im Handumdrehen erledigt werden...

Am 12. Januar haben die Epochenorganisationen eine Lohnvereinbarung mit der Reichsregierung getroffen, wonach ab 1. Januar 1922 die Löhne der vollbeschäftigten Arbeiter um 7 1/2 % pro Stunde erhöht werden sollen.

Die Schuld an diesen Zuständen tragen die nachgeordneten Behörden und nicht zuletzt auch die einzelnen Ministerien, die unter seinen Umständen von ihrer Selbstherrlichkeit etwas protegierten wollen.

Schreiben von der Jahlungsberechnung vereinbarter Löhne in Kenntnis zu setzen. Nur wenn seitens der maßgebenden Instanzen so verfahren wird...

Lohnabkommen der Transportarbeiter im graphischen Gewerbe. In der letzten Branchensammlung wurde von Podrubin u. a. mitgeteilt, daß mit dem Verein Berliner Papiergroßhändler...

Kommunale Betriebsräte Berlins. Vollversammlung am Mittwoch, den 22. Februar 1922, abends 6 Uhr, in Altes Rathaus (Gartenhof).

Arbeiterport

Neue Turnabteilungen in Berlin-Mitte und Wedding. Im Westen Berlins haben sich besonders die Jugend- und Arbeitergruppen...

Verbraucherkongreß. Am 19. Februar, nachm. 3 Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportbund, 6. Bezirk, Kreis 1 (R. B. 2) Verbraucherkongreß...

Parteiveranstaltungen

- 1. Verwaltungsrat (Wilmersdorf, Schöneberg, Grunewald). Abends 6 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Kuffa, Wilmersdorf, Lauenburger Str. 2.

Bereinstellung

Sozialistische Arbeiter-Turn- und Sportbund. Sonntag, den 19. Februar, Wanderausflug nach Bernau. Treffpunkt der Gruppen...

Sonntag, 19. Februar

Abendabend für weibliche Jugend. Nachm. 6 1/2 Uhr in der Halle des Gewerkschaftsvereins, Sozialistische Arbeiter-Turn- und Sportbund...

Zur Jugendweih Die Schwelle geben wir unseren Kindern. Bild einer Frau, die eine Schwelle überwindet. Text: Gebildet und Ordentlich ist die proletarische Jugend...